

Amtsblatt

Regierung von Niederbayern



Nr. 13

Donnerstag, 14. August 2025

65. Jahrgang

Inhaltsübersicht

Bezirksverwaltung

Neufassung der Satzung über die Erhebung von Benutzungs- und Verpflegungsgebühren für den Besuch der inklusiven Kindertagesstätte am Institut für Hören und Sprache in Straubing (Kita-Gebührensatzung).....	186
Neufassung der Satzung über die Erhebung von Verpflegungsgebühren am Institut für Hören und Sprache in Straubing (Verpflegungs-Gebührensatzung)	190

Kommunalverwaltung

5. Satzung zur Änderung der Unternehmenssatzung für das „BBG Donau-Wald KU - Kommunalunternehmen, für die Behandlung von Bioabfall und Grüngut“ Anstalt des öffentlichen Rechts des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Donau-Wald	194
--	-----

Landes- und Regionalplanung

Fortschreibung des Regionalplans Donau-Wald; Beteiligung der Öffentlichkeit.....	195
--	-----

Schulwesen

Verordnung über die Errichtung eines Fachsprengels für den Ausbildungsberuf „Mediengestalter/-in Digital und Print“ in den Fachrichtungen „Printmedien“, „Digitalmedien“, „Designkonzeption“ und „Projektmanagement“ für den Regierungsbezirk Niederbayern vom 31. Juli 2025, RNB-44-5204.3-1-35.....	197
---	-----

Bezirksverwaltung

Neufassung der Satzung über die Erhebung von Benutzungs- und Verpflegungsgebühren für den Besuch der inklusiven Kindertagesstätte am Institut für Hören und Sprache in Straubing

Der Bezirk Niederbayern erlässt aufgrund Art. 8 Kommunalabgabengesetz (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 1993 (GVBl. S. 264, BayRS 2024-1-I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2024 (GVBl. S. 573), folgende Neufassung der

Satzung über die Erhebung von Benutzungs- und Verpflegungsgebühren für den Besuch der inklusiven Kindertagesstätte am Institut für Hören und Sprache in Straubing (Kita-Gebührensatzung):

§ 1 Gebührenerhebung

Der Bezirk Niederbayern erhebt für die Benutzung der inklusiven Kindertagesstätte und für die Inanspruchnahme einer Verpflegung in der inklusiven Kindertagesstätte Gebühren nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 2 Gebührentatbestand

- (1) ¹Die Gebührenschild entsteht erstmals mit der Aufnahme des Kindes in die Kindertagesstätte. ²Für angefangene Monate wird die volle Gebühr berechnet.
- (2) ¹Benutzungsgebühren (Elternbeiträge) werden erhoben für den regelmäßigen Besuch der Kindertagesstätte. ²Die Benutzungsgebühren werden für zwölf Monate erhoben. ³Im Betreuungsvertrag werden die Buchungszeiten festgelegt. ⁴Die Angabe und Berechnung der täglichen Buchungszeit erfolgt je angefangene 15 Minuten.
- (3) Die Gebührenpflicht besteht auch im Fall vorübergehender Erkrankung fort, es sei denn, dass das Kind wegen der Erkrankung aus der Kindertagesstätte entlassen wird.
- (4) ¹Für Kinder mit Hörbehinderung im inklusiven Kindergarten werden keine Elternbeiträge erhoben, soweit für diese Kinder im Fall des Besuchs einer Schulvorbereitenden Einrichtung die Benutzungsgebühren von kommunalen Sozialhilfe- und Jugendhilfeträgern übernommen werden müssten (vgl. Art. 23 Abs. 3 Satz 2 BaySchFG). ²Diese Regelung gilt nicht für Kinder in der inklusiven Kinderkrippe.

§ 3 Gebührenschildner

- (1) Gebührenschildner sind
 - a) die Personensorgeberechtigten des Kindes, das in die Kindertagesstätte aufgenommen wird und
 - b) diejenigen, die das Kind zur Aufnahme in die Kindertagesstätte angemeldet haben.
- (2) Mehrere Gebührenschildner sind Gesamtschildner

§ 4 Gebührenmaßstab

Die Benutzungsgebühr richtet sich nach der Dauer des durchschnittlichen täglichen Besuchs der Kindertagesstätte entsprechend den gebuchten Betreuungszeiten.

§ 5 Höhe der Benutzungsgebühren

(1) ¹Für den Besuch der Kindertagesstätte werden entsprechend der im Betreuungsvertrag festgelegten täglichen Buchungszeit Gebühren erhoben. ²Die Benutzungsgebühren sind Jahresgebühren und beziehen sich jeweils auf ein Betriebsjahr (1. September bis 31. August). ³Die Gebühren sind in 12 Monatsraten zu entrichten.

(2) Die Jahresgebühren betragen für jeden angefangenen Monat

1. für Kinder von 0 bis 3 Jahren bei einer Buchungszeit von

Buchungszeiten		Alter der Kinder 0 bis 3 Jahre ab 1. September 2025		Alter der Kinder 0 bis 3 Jahre ab 1. September 2026	
tägliche Buchungszeit	wöchentliche Buchungszeit	jährliche Benutzungs- gebühr ohne Verpfle- gungs- gebühr	monatliche Benutzungs- gebühr ohne Verpfle- gungs- gebühr	jährliche Benutzungs- gebühr ohne Verpfle- gungs- gebühr	monatliche Benutzungs- gebühr ohne Verpfle- gungs- gebühr
> 0 bis 1 Std.	> 0 bis 5 Std.	732 €	61 €	804 €	67 €
> 1 bis 2 Std.	> 5 bis 10 Std.	1.308 €	109 €	1.440 €	120 €
> 2 bis 3 Std.	> 10 bis 15 Std.	1.884 €	157 €	2.076 €	173 €
> 3 bis 4 Std.	> 15 bis 20 Std.	2.472 €	206 €	2.724 €	227 €
> 4 bis 5 Std.	> 20 bis 25 Std.	3.048 €	254 €	3.348 €	279 €
> 5 bis 6 Std.	> 25 bis 30 Std.	3.636 €	303 €	3.996 €	333 €
> 6 bis 7 Std.	> 30 bis 35 Std.	4.212 €	351 €	4.632 €	386 €
> 7 bis 8 Std.	> 35 bis 40 Std.	4.788 €	399 €	5.268 €	439 €
> 8 bis 9 Std.	> 40 bis 45 Std.	5.376 €	448 €	5.916 €	493 €
mehr als 9 Std.	mehr als 45 Std.	5.952 €	496 €	6.552 €	546 €

2. für Kinder ab 3 Jahren bei einer Buchungszeit von

Buchungszeiten		Alter der Kinder ab 3 Jahre ab 1. September 2025		Alter der Kinder ab 3 Jahre ab 1. September 2026	
tägliche Buchungszeit	wöchentliche Buchungszeit	jährliche Benutzungs- gebühr ohne Verpfle- gungs- gebühr	monatliche Benutzungs- gebühr ohne Verpfle- gungs- gebühr	jährliche Benutzungs- gebühr ohne Verpfle- gungs- gebühr	monatliche Benutzungs- gebühr ohne Verpfle- gungs- gebühr
> 0 bis 1 Std.	> 0 bis 5 Std.				
> 1 bis 2 Std.	> 5 bis 10 Std.				
> 2 bis 3 Std.	> 10 bis 15 Std.				
> 3 bis 4 Std.	> 15 bis 20 Std.	1.680 €	140 €	2.100 €	175 €
> 4 bis 5 Std.	> 20 bis 25 Std.	1.896 €	158 €	2.376 €	198 €
> 5 bis 6 Std.	> 25 bis 30 Std.	2.100 €	175 €	2.628 €	219 €
> 6 bis 7 Std.	> 30 bis 35 Std.	2.316 €	193 €	2.892 €	241 €
> 7 bis 8 Std.	> 35 bis 40 Std.	2.520 €	210 €	3.156 €	263 €
> 8 bis 9 Std.	> 40 bis 45 Std.	2.736 €	228 €	3.420 €	285 €
mehr als 9 Std.	mehr als 45 Std.	2.940 €	245 €	3.672 €	306 €

- (3) ¹Für die Inanspruchnahme der Ferienbetreuung in den Kindergartengruppen wird zusätzlich zur Jahresgebühr nach Abs. 2 eine Benutzungsgebühr entsprechend der benötigten Buchungszeit erhoben. ²Die Gebühren betragen

Feriendienst Buchungszeiten		ab 1. September 2025 Kindergarten	ab 1. September 2026 Kindergarten
		Alter der Kinder ab 3 Jahre	Alter der Kinder ab 3 Jahre
tägliche Buchungszeit	wöchentliche Buchungszeit	wöchentliche Benutzungsgebühr ohne Verpflegungsgebühr	wöchentliche Benutzungsgebühr ohne Verpflegungsgebühr
> 0 bis 1 Std.	> 0 bis 5 Std.		
> 1 bis 2 Std.	> 5 bis 10 Std.		
> 2 bis 3 Std.	> 10 bis 15 Std.		
> 3 bis 4 Std.	> 15 bis 20 Std.	35,00 €	44,00 €
> 4 bis 5 Std.	> 20 bis 25 Std.	39,00 €	49,00 €
> 5 bis 6 Std.	> 25 bis 30 Std.	44,00 €	55,00 €
> 6 bis 7 Std.	> 30 bis 35 Std.	48,00 €	60,00 €
> 7 bis 8 Std.	> 35 bis 40 Std.	53,00 €	66,00 €
> 8 bis 9 Std.	> 40 bis 45 Std.	57,00 €	71,00 €
mehr als 9 Std.	mehr als 45 Std.	61,00 €	77,00 €

- (4) Krankheits- und urlaubsbedingte Fehlzeiten sowie Schließzeiten von bis zu 35 Tagen im Jahr bleiben unberücksichtigt.

§ 6

Höhe der Verpflegungsgebühr

- (1) ¹Für die zur Verpflegung angemeldeten Kinder in der inklusiven Kinderkrippengruppe ist zur Abgeltung der ausgereichten Verpflegung (Mittagessen, Brotzeit, Getränke) eine jährliche Verpflegungsgebühr zu entrichten. ²Die Verpflegungsgebühr ist in zwölf Monatsraten zu begleichen.

Verpflegung in der Kinderkrippengruppe				
Anzahl der gebuchten Tage	ab 1. September 2025		ab 1. September 2026	
	jährliche Verpflegungs- gebühr	monatliche Verpflegungs- gebühr	jährliche Verpflegungs- gebühr	monatliche Verpflegungs- gebühr
1 Tag/Woche	144,00 €	12,00 €	156,00 €	13,00 €
2 Tage/Woche	288,00 €	24,00 €	312,00 €	26,00 €
3 Tage/Woche	432,00 €	36,00 €	468,00 €	39,00 €
4 Tage/Woche	576,00 €	48,00 €	624,00 €	52,00 €
5 Tage/Woche	720,00 €	60,00 €	780,00 €	65,00 €

³Für den betreffenden Monat der Eingewöhnungsphase in der inklusiven Kinderkrippengruppe kann im begründeten Einzelfall von den Regelungen nach Satz 1 und 2 dieser Satzung abgewichen werden und die ausgereichte Verpflegung nach tatsächlich in Anspruch genommener Anzahl der Mahlzeiten mit 3,00 € je Mahlzeit abgerechnet werden.

- (2) ¹Für die zur Verpflegung angemeldeten Kinder in der inklusiven Kindergartengruppe ist zur Abgeltung der ausgereichten Verpflegung eine jährliche Verpflegungsgebühr zu entrichten. ²Die Verpflegungsgebühr ist in zwölf Monatsraten zu begleichen.

Verpflegung in der Kindergartengruppe				
Anzahl der gebuchten Tage	ab 1. September 2025		ab 1. September 2026	
	jährliche Verpflegungsgebühr	monatliche Verpflegungsgebühr	jährliche Verpflegungsgebühr	monatliche Verpflegungsgebühr
5 Tage/Woche	780,00 €	65,00 €	828,00 €	69,00 €

- (3) ¹Im Falle der Inanspruchnahme der Ferienbetreuung nach § 5 Abs. 3 wird in dieser Zeit keine Verpflegung angeboten. ²Die angemeldeten Kinder sollen eine Brotzeit als Mittagessen mitbringen.

§ 7

Entstehen der Gebühr

- (1) Die Benutzungsgebühr entsteht erstmals am 1. des Monats mit der Aufnahme des Kindes in die Kindertagesstätte, im Übrigen fortlaufend jeweils mit Beginn eines Kalendermonats und endet mit der Beendigung des Vertragsverhältnisses.
- (2) Die Verpflegungsgebühr entsteht erstmals am 1. des Monats mit der Inanspruchnahme der Verpflegung, im Übrigen fortlaufend jeweils mit Beginn eines Kalendermonats und endet mit der Beendigung des Vertragsverhältnisses.

§ 8

Fälligkeit und Zahlungsweise

¹Die Gebühren werden jeweils am 1. Werktag eines jeden Monats im Voraus fällig. ²Die Zahlung erfolgt grundsätzlich per Mandat im Lastschriftverfahren. ³Die Gebührenschuldner sind verpflichtet, dem Bezirk Niederbayern ein SEPA-Lastschriftmandat zu erteilen. ⁴Rückbuchungsgebühren bei nicht ausreichender Deckung des Kontos gehen zu Lasten der Gebührenschuldner. ⁵Barzahlung ist grundsätzlich nicht möglich.

§ 9

Geschwisterermäßigung

¹Besuchen mehrere Kinder aus einer Familie, die im gleichen Haushalt leben, gleichzeitig die Kindertagesstätte, wird die Gebühr für

1. das zweitälteste Kind mit 25% und
2. für jedes weitere Kind um jeweils 50%

ermäßigt. ²Die Gebührenermäßigung wird ab dem Monat der schriftlichen Antragstellung durch die Sorgeberechtigten gewährt. ³Bei der Berechnung der jeweiligen Gebührenhöhe je Kind sind die Beitragszuschüsse des Freistaates Bayern zu den Elternbeiträgen in Abzug zu bringen. ⁴Maßgebend für die Ermäßigungsregel ist der von den Eltern zu bezahlende Betrag. ⁵Die Gebühr wird auf volle Euro kaufmännisch gerundet.

⁶Hiervon ausgenommen ist die Verpflegungsgebühr. ⁷Diese wird nach § 6 dieser Satzung erhoben.

§ 10

Gebührenentlastung

¹Für Kindergartenkinder im Sinn von Art. 23 Abs. 3 BayKiBiG wird ab dem 1. Kindergartenjahr auf die monatliche Benutzungsgebühr nach § 5 Abs. 2 dieser Satzung der staatliche Zuschuss, der nach Art. 23 Abs. 3 BayKiBiG gewährt wird, angerechnet. ²Die Anrechnung ist auf die Höhe der festgesetzten Gebühr begrenzt.

§ 11

Gebührenübernahmen

- (1) ¹Die Benutzungsgebühren können auf Antrag ganz oder teilweise vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe übernommen werden, wenn die Belastungen durch die Gebühr der Eltern oder dem Kind nicht zuzumuten sind und der Besuch der Kindertageseinrichtung für die Entwicklung des Kindes erforderlich ist (§ 90 Abs. 3 SGB VIII). ²Für die Feststellung der zumutbaren Belastung gelten die §§ 82 bis 85, 87, 88 und § 92a des Sozialgesetzbuches Zwölftes Buch entsprechend (§ 90 Abs. 4 SGB VIII).

- (2) Auf Antrag der Personensorgeberechtigten und des Allgemeinen Sozialdienstes können für die Dauer eines Betriebsjahres die Gebühren für den Besuch der Kindertagesstätte ganz oder teilweise durch den Träger der Jugendhilfe übernommen werden, wenn der Aufenthalt in der Einrichtung aus sozialpädagogischen Gründen dringend erforderlich ist und das Kind ansonsten die Einrichtung nicht besuchen könnte.

§ 11a **Gebührenerstattung**

- (1) Bei vorübergehender betriebsbedingter Schließung sowie streikbedingter Schließung von Kindertageseinrichtungen besteht kein Anspruch auf Erlass oder Rückerstattung der Benutzungsgebühren.
- (2) Dauert eine angeordnete Einrichtungsschließung aufgrund infektionsschutzrechtlicher Grundlage mindestens einen vollen Kalendermonat an, wird die Abrechnung der Benutzungs- und Verpflegungsgebühren für den darauffolgenden Monat ausgesetzt, bis eine Entscheidung durch den Träger der Einrichtung folgt.

§ 12 **Auskunftspflichten**

¹Wird eine Gebührenermäßigung nach § 9, eine Gebührenentlastung nach § 10 oder eine Gebührenübernahme nach § 11 der Satzung beansprucht, so sind die Gebührenschuldner verpflichtet, dem Bezirk Niederbayern über ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse Auskunft zu geben. ²Änderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Gebührenschuldner sind unverzüglich dem Bezirk Niederbayern zu melden.

§ 13 **Inkrafttreten**

- (1) Diese Satzung tritt am 1. September 2025 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung des Bezirks Niederbayern über die Erhebung von Benutzungs- und Verpflegungsgebühren für den Besuch der inklusiven Kindertagesstätte am Institut für Hören und Sprache in Straubing vom 18. Juni 2024 (RABl. Nr. 11/2024) außer Kraft.

Landshut, 29. Juli 2025
BEZIRK NIEDERBAYERN

Dr. Olaf Heinrich
Bezirkstagspräsident

Neufassung der Satzung über die Erhebung von Verpflegungsgebühren am Institut für Hören und Sprache in Straubing

Der Bezirk Niederbayern erlässt aufgrund Art. 8 Kommunalabgabengesetz (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 1993 (GVBl. S. 264, BayRS 2024-1-I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2024 (GVBl. S. 573), folgende Neufassung der

Satzung über die Erhebung von Verpflegungsgebühren am Institut für Hören und Sprache in Straubing (Verpflegungs-Gebührensatzung):

(ausgenommen der Bereich der inklusiven Kindertagesstätte)

§ 1 **Gebührenerhebung**

- (1) Der Bezirk Niederbayern erhebt für die Inanspruchnahme einer Verpflegung am Institut für Hören und Sprache in Straubing Verpflegungsgebühren nach Maßgabe dieser Satzung.

- (2) ¹Ausgenommen von der Regelung nach dieser Satzung ist die inklusive Kindertagesstätte. ²Hier gelten weiterhin die Regelungen der Satzung über die Erhebung von Benutzungs- und Verpflegungsgebühren für den Besuch der inklusiven Kindertagesstätte am Institut für Hören und Sprache in Straubing in der jeweils gültigen Fassung.

§ 2 Gebührentatbestand

- (1) ¹Die Gebührenschuld entsteht erstmals bei Schulkindern bzw. Kindern in der Schulvorbereitenden Einrichtung mit der Anmeldung des Kindes für die Teilnahme an der Verpflegung. ²Für angefangene Monate wird die volle Verpflegungsgebühr berechnet.
- (2) ¹Die Gebührenpflicht besteht auch im Fall vorübergehender Erkrankung fort, es sei denn, dass das Kind wegen einer Erkrankung aus der Schule bzw. Schulvorbereitenden Einrichtung entlassen wird. ²Bei einer zeitlich zusammenhängenden Abwesenheit von länger als vier Wochen kann auf Antrag eine Befreiung von der Gebührenpflicht für den Zeitraum der Abwesenheit gewährt werden.
- (3) ¹Beschäftigte, die eng mit der Betreuung der Kinder und Jugendlichen tätig sind, und alle weiteren Beschäftigten am Institut für Hören und Sprache, können an der täglich ausgereichten Verpflegung teilnehmen. ²Die Gebührenschuld entsteht mit der Anmeldung zur Teilnahme an der jeweiligen Verpflegung.

§ 3 Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner sind
- bei Schulkindern und Kindern in der Schulvorbereitenden Einrichtung, die Personensorgeberechtigten des Kindes, das für die Verpflegung angemeldet wird und diejenigen, die das Kind zur Verpflegung angemeldet haben.
 - bei Beschäftigten, die eng mit der Betreuung der Kinder und Jugendlichen tätig sind, und alle weiteren Beschäftigten die jeweilige Person, die die Anmeldung zur Verpflegung getätigt hat.
- (2) Mehrere Gebührensschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 4 Höhe der Verpflegungsgebühr

- (1) ¹Für die zur Verpflegung angemeldeten Kinder im Zusammenhang mit dem Besuch der gebundenen Ganztagschule (Mittelschule) ist zur Abgeltung der ausgereichten Verpflegung (Hauptgericht und Nachspeise) eine jährliche Verpflegungsgebühr zu entrichten. ²Die Verpflegungsgebühr ist in elf Monatsraten zu begleichen und staffelt sich wie folgt:

Verpflegung in der gebundenen Ganztagschule				
	ab 1. September 2025		ab 1. September 2026	
Anzahl der Tage	jährlich	monatlich	jährlich	monatlich
4 Tage/Woche	517,00 €	47,00 €	605,00 €	55,00 €

- (2) ¹Für die zur Verpflegung angemeldeten Kinder im Zusammenhang mit dem Besuch der offenen Ganztagschule (Grundschule) ist zur Abgeltung der ausgereichten Verpflegung (Hauptgericht, Nachspeise, Getränke am Nachmittag) eine jährliche Verpflegungsgebühr zu entrichten. ²Die Verpflegungsgebühr ist in elf Monatsraten zu begleichen und staffelt sich wie folgt:

Verpflegung in der offenen Ganztagschule				
	ab 1. September 2025		ab 1. September 2026	
Anzahl der Tage	jährlich	monatlich	jährlich	monatlich
4 Tage/Woche	539,00 €	49,00 €	627,00 €	57,00 €

- (3) ¹Für die zur Verpflegung angemeldeten Kinder in der Schulvorbereitenden Einrichtung ist zur Abgeltung der ausgereichten Verpflegung (Hauptgericht und Nachspeise) eine jährliche Verpflegungsgebühr zu entrichten. ²Die Verpflegungsgebühr ist in elf Monatsraten zu begleichen und staffelt sich wie folgt:

Verpflegung in der Schulvorbereitenden Einrichtung				
	ab 1. September 2025		ab 1. September 2026	
Anzahl der Tage	jährlich	monatlich	jährlich	monatlich
5 Tage/Woche	780,00 €	65,00 €	828,00 €	69,00 €

- (4) ¹Für die zur Verpflegung angemeldeten Kinder aus den weiteren Bereichen der Schule ist zur Abgeltung der ausgereichten Verpflegung (Hauptgericht) eine jährliche Verpflegungsgebühr zu entrichten. ²Die Verpflegungsgebühr ist in elf Monatsraten zu begleichen und staffelt sich wie folgt:

Verpflegung in den weiteren Bereichen der Schule				
	ab 1. September 2025		ab 1. September 2026	
Anzahl der Tage	jährlich	monatlich	jährlich	monatlich
2 Tage/Woche	210,10 €	19,10 €	242,00 €	22,00 €
3 Tage/Woche	315,70 €	28,70 €	363,00 €	33,00 €
4 Tage/Woche	420,20 €	38,20 €	484,00 €	44,00 €

- (5) ¹Die Beschäftigten, die eng mit der Betreuung der Kinder und Jugendlichen tätig sind, und alle weiteren Beschäftigten am IfH Straubing, haben eine Verpflegungsgebühr für die Teilnahme an der ausgereichten Verpflegung zu entrichten. ²Diese Verpflegungsgebühr richtet sich nach dem Wert der als Sachbezug zur Verfügung gestellten Verpflegung nach der Neunten Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung (SvEV) in der jeweils gültigen Fassung.

§ 5

Entstehen der Gebühr

- (1) Die Verpflegungsgebühren nach § 4 Abs. 1 bis 4 dieser Satzung entstehen erstmals am 1. des Monats mit der Inanspruchnahme der Verpflegung, im Übrigen fortlaufend jeweils mit Beginn eines Kalendermonats und endet mit der Beendigung des Besuchs der Schule bzw. Abmeldung von der Teilnahme an der ausgereichten Verpflegung am Institut für Hören und Sprache in Straubing.
- (2) Die Verpflegungsgebühren nach § 4 Abs. 5 dieser Satzung entstehen jeweils mit der Anmeldung zur Teilnahme an der jeweiligen Verpflegung.

§ 6

Fälligkeit und Zahlungsweise

- (1) ¹Die Verpflegungsgebühren nach § 4 Abs. 1 bis 4 dieser Satzung werden jeweils am 1. Werktag eines jeden Monats im Voraus fällig. ²Die Zahlung erfolgt grundsätzlich per Mandat im Lastschriftverfahren. ³Die Gebührenschuldner müssen hierzu dem Bezirk Niederbayern ein SEPA-Lastschriftmandat erteilen. ⁴Rückbuchungsgebühren bei nicht ausreichender Deckung des Kontos gehen zu Lasten der Gebührenschuldner. ⁵Die Zahlung kann auch mittels Dauerauftrags, den der Gebührenschuldner bei seinem Kreditinstitut einrichtet, erfolgen. ⁶Barzahlung ist grundsätzlich nicht möglich.
- (2) ¹Die Verpflegungsgebühren nach § 4 Abs. 5 dieser Satzung werden jeweils am 1. Werktag nach dem abgelaufenen Monat im Nachhinein fällig. ²Die Zahlung erfolgt grundsätzlich per Mandat im Lastschriftverfahren. ³Die Gebührenschuldner müssen hierzu dem Bezirk Niederbayern ein SEPA-Lastschriftmandat erteilen. ⁴Rückbuchungsgebühren bei nicht ausreichender Deckung des Kontos gehen zu Lasten der Gebührenschuldner. ⁵Barzahlung ist grundsätzlich nicht möglich.

§ 7 Gebührenübernahmen

¹Die Verpflegungsgebühren können auf Antrag ganz oder teilweise im Rahmen von Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket übernommen werden, wenn die Belastungen durch die Gebühr der Eltern oder dem Kind nicht zuzumuten sind und die Teilnahme an der Verpflegung für die Entwicklung des Kindes erforderlich ist. ²Grundlage hierfür sind die Leistungen nach dem SGB II, Leistungen nach dem SGB XII (Leistungen für Erwerbsunfähige), Leistungen nach dem BKGG, Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz oder Leistungen nach § 3 AsylbLG.

§ 8 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am 1. September 2025 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Verpflegungsgebühren am Institut für Hören und Sprache in Straubing vom 18. Juni 2024 (RABl. Nr. 11/2024) außer Kraft.

Landshut, 29. Juli 2025
BEZIRK NIEDERBAYERN

Dr. Olaf Heinrich
Bezirkstagspräsident

Kommunalverwaltung

5. Satzung zur Änderung der Unternehmenssatzung für das „BBG Donau-Wald KU - Kommunalunternehmen, für die Behandlung von Bioabfall und Grüngut“ Anstalt des öffentlichen Rechts des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Donau-Wald

Aufgrund Art. 89 Abs. 3 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in Verbindung mit Art. 40 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit in Bayern (KommZG) wird die Unternehmenssatzung für das BBG Donau-Wald KU - Kommunalunternehmen für die Behandlung von Bioabfall und Grüngut, Anstalt des öffentlichen Rechts des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Donau-Wald vom 14. Oktober 2011 (RABl. NB 11, S. 154) in der Fassung der 4. Änderungssatzung zur Unternehmenssatzung vom 26. Februar 2021 (RABl. NB 6, S. 36) durch den Zweckverband Abfallwirtschaft Donau-Wald wie folgt geändert:

§ 1

In § 1 Abs. 4 wird die Höhe des Stammkapitals von „500.000 €“ auf „50.000 €“ herabgesetzt.

§ 2

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Regierung von Niederbayern in Kraft.

Außernzell, 31. Juli 2025
ZAW Donau-Wald

Raimund Kneidinger
Landrat
Verbandsvorsitzender

Landes- und Regionalplanung

Fortschreibung des Regionalplans Donau-Wald; Beteiligung der Öffentlichkeit

Der Regionale Planungsverband Donau-Wald erlässt gem. Art. 16 Abs. 3 BayLplG folgende

Bekanntmachung:

Der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes Donau-Wald hat beschlossen, den Regionalplan fortzuschreiben.

Der Fortschreibungsentwurf des Kapitels

B III Energie

wurde vom Planungsausschuss am 10. Juli 2025 gebilligt.

Gem. Art. 16 Abs. 1 Satz 1 BayLplG sind zu beteiligen:

- die öffentlichen Stellen und in Art. 3 Abs. 1 Satz 2 genannten Personen des Privatrechts, für die eine Beachtungspflicht begründet werden soll,
- die in Art. 15 Abs. 3 genannten Behörden,
- die nach Naturschutzrecht im Freistaat Bayern anerkannten Vereine, soweit sie in ihrem satzungsgemäßen Aufgabenbereich berührt sind,
- die betroffenen Wirtschafts- (mit Land- und Forstwirtschafts-) und Sozialverbände und
- die Öffentlichkeit

Zu diesem Zweck liegt der Entwurf der Regionalplanänderung - einschließlich Begründung und Umweltbericht - gem. Art. 16 Abs. 3 BayLplG bei der Regierung von Niederbayern als höhere Landesplanungsbehörde zur Einsichtnahme für jedermann aus.

Auslegungsort:

Regierung von Niederbayern
Gartengebäude, Zimmer E 11 G
Regierungsplatz 540
84028 Landshut

Auslegungszeit:

18. August bis 8. Oktober 2025 während der für den Parteiverkehr festgelegten Zeiten
(Montag bis Donnerstag von 08:00 bis 16:00 Uhr, Freitag von 08:00 bis 13:00 Uhr)

Zudem erfolgt innerhalb dieses Zeitraums die öffentliche Auslegung des Fortschreibungsentwurfs gem. Art. 16 Abs. 3 BayLplG für mindestens einen Monat bei allen Landratsämtern der Region Donau-Wald sowie den Städten Passau und Straubing.

Internet:

Die Unterlagen können auch im Internet unter folgenden Adressen eingesehen werden:

<https://www.regierung.niederbayern.bayern.de/service/raumordnung/regionalplanung/index.html>

<https://www.region-donau-wald.de/regionalplan/laufende-fortschreibungen>

Schriftliche oder elektronische Äußerungen zur Fortschreibung des Regionalplans Donau-Wald sind bis zum Ablauf der Auslegungsfrist gegenüber dem Regionalen Planungsverband Donau-Wald, Leutnerstraße 15, 94315 Straubing, E-Mail: planungsverband@region-donau-wald.de möglich.

Mit Ablauf dieser Frist sind alle Äußerungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§16 Abs. 2 Satz 5 i.V.m. Abs. 3 Satz 3 BayLplG)

Die in diesem Beteiligungsverfahren angegebenen personenbezogenen Daten werden entsprechend der Datenschutzerklärung des Regionalen Planungsverbandes Donau-Wald verarbeitet.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass Rechtsansprüche durch die Beteiligung der Öffentlichkeit nicht begründet werden.

Straubing, 29. Juli 2025
REGIONALER PLANUNGSVERBAND DONAU-WALD

Josef Laumer
Landrat
Verbandsvorsitzender

Schulwesen

**Verordnung über die Errichtung eines Fachsprengels für den Ausbildungsberuf
„Mediengestalter/-in Digital und Print“
in den Fachrichtungen
„Printmedien“, „Digitalmedien“, „Designkonzeption“ und „Projektmanagement“
für den Regierungsbezirk Niederbayern
vom 31. Juli 2025, RNB-44-5204.3-1-35**

Auf Grund von Art 34 Abs. 2 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 414), zuletzt geändert durch Art. 32 a Abs. 16 des Gesetzes vom 10. Mai 2022 (GVBl. S. 182), erlässt die Regierung von Niederbayern folgende Verordnung:

§ 1

Für den Ausbildungsberuf „Mediengestalter/-in Digital und Print“ in den vier Fachrichtungen „Printmedien“, „Digitalmedien“, „Designkonzeption“ und „Projektmanagement“ wird ab dem Schuljahr 2025/2026 folgender Fachsprengel gebildet:

Berufsschule	Jahrgangsstufe	Anordnungsbereich
Deggendorf I	10 – 11	Regierungsbezirk Niederbayern

§ 2

Die Fachsprengelregelung wird ab dem Schuljahr 2025/2026 für die Jahrgangsstufe 10, ab dem Schuljahr 2026/2027 auch für die Jahrgangsstufe 11 wirksam.

§ 3

Sonstige dieser Fachsprengelregelung entgegenstehende Sprengelregelungen und Gastschulanordnungen aus früheren Jahren werden aufgehoben.

§ 4

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 2025 in Kraft.

Landshut, 31. Juli 2025
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Rainer Haselbeck
Regierungspräsident